

**Antrag nach der Richtlinie zur Zahlung von Entschädigungen für
Betroffene des strafrechtlichen Verbots einvernehmlicher
homosexueller Handlungen aus dem Bundeshaushalt
(Kapitel 0718 Titel 681 03)**

Bundesamt für Justiz
– Referat III 6 –
53094 Bonn

Antrag auf Entschädigung gemäß § 1 und § 2 der Richtlinie

I. Angaben zur Person:

Geschlecht		
Titel	Vorname	Nachname
Geburtsdatum	Geburtsort	ggf. Geburtsname
E-Mail		Telefonnummer (Festnetz oder Mobil)
Straße und Hausnummer		
Postleitzahl und Ort		Land

Die Zahlungen sollen an die folgende Bankverbindung erfolgen:

Kontoinhaber (soweit abweichend von antragstellender Person)	
IBAN	
BIC	Bankinstitut

II. Vertreter¹:

Ich werde in dieser Angelegenheit vertreten durch <input type="checkbox"/> Rechtsbeistand <input type="checkbox"/> Betreuer/Betreuerin <input type="checkbox"/> sonstige Vertretungsberechtigte		
Titel	Vorname	Nachname
Telefonnummer		E-Mail
Straße und Hausnummer		
Postleitzahl und Ort		Land

¹ Bitte fügen Sie eine Vollmacht/Bestallungsurkunde o. Ä. (auch als Kopie möglich) dem Antrag bei.

III. Angaben zu Strafverfolgungsmaßnahmen (§ 1 der Richtlinie)

(Einleitung eines Ermittlungsverfahrens, Untersuchungshaft oder sonstige Maßnahme der vorläufigen Freiheitsentziehung)

1. Strafverfolgungsmaßnahme:

Ort	Zeitraum	Art der Strafverfolgungsmaßnahme
Kurzschilderung des Sachverhalts; sollte der Platz nicht ausreichen, nutzen Sie bitte ein gesondertes Blatt:		
<p>Die Strafverfolgungsmaßnahme weise ich nach durch</p> <p><input type="checkbox"/> Unterlagen, Zeugenaussagen</p> <p><input type="checkbox"/> Glaubhafte Versicherung: Ich versichere, dass ich nach bestem Wissen bezüglich der oben angegebenen Strafverfolgungsmaßnahme die Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen habe.</p>		

2. Strafverfolgungsmaßnahme:

Ort	Zeitraum	Art der Strafverfolgungsmaßnahme
Kurzschilderung des Sachverhalts; sollte der Platz nicht ausreichen, nutzen Sie bitte ein gesondertes Blatt:		
<p>Die Strafverfolgungsmaßnahme weise ich nach durch</p> <p><input type="checkbox"/> Unterlagen, Zeugenaussagen</p> <p><input type="checkbox"/> Glaubhafte Versicherung: Ich versichere, dass ich nach bestem Wissen bezüglich der oben angegebenen Strafverfolgungsmaßnahme die Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen habe.</p>		

- Es liegen weitere Strafverfolgungsmaßnahmen vor.²

² Bitte nutzen Sie hierfür ein gesondertes Blatt.

IV. Angaben zu sonstigen außergewöhnlich negativen Beeinträchtigungen

(§ 2 der Richtlinie)

(besondere berufliche, wirtschaftliche, gesundheitliche oder sonstige vergleichbare Nachteile)

Zeitraum	Art der Beeinträchtigungen
Kurzbeschreibung der Beeinträchtigungen; sollte der Platz nicht ausreichen, nutzen Sie bitte ein gesondertes Blatt:	
Die negativen Beeinträchtigungen weise ich nach durch	
<input type="checkbox"/> Unterlagen, Zeugenaussagen	
<input type="checkbox"/> Glaubliche Versicherung: Ich versichere, dass ich nach bestem Wissen bezüglich der oben angegebenen Tatsachen die Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen habe.	

V. Keine bereits erfolgten Entschädigungen

Ich versichere, dass ich

- bislang keine Entschädigung nach dem Gesetz, betreffend die Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft vom 29. Juli 1904 oder nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen vom 8. März 1971 (§ 1 Absatz 1 der Richtlinie) und
- bislang von keiner öffentlichen Stelle für denselben Sachverhalt eine Entschädigung (§ 2 Absatz 1 der Richtlinie)

erhalten habe.

VI. Einverständniserklärung

(Nichtzutreffendes bitte streichen)

Ich erkläre mich einverstanden, dass

- das Bundesamt für Justiz zur Klärung des Sachverhalts bei den zuständigen Gerichten und Behörden Nachfragen stellen darf und
- gegebenenfalls elektronische Kommunikation (E-Mail-Verkehr) in unverschlüsselter Form erfolgt.

Ort, Datum	Unterschrift antragstellende Person
Ort, Datum	Unterschrift vertretungsberechtigte Person